

ARBEITER IM STAATSSOZIALISMUS: EIN LEITFADEN IN THEORETISCHER ABSICHT

Von Christoph Boyer

„Die Diktatur des Proletariats ist im Grunde genommen eine Demokratie“, erklärte Leopold Vaňa.

„Blödmann, wie kann 'ne Diktatur Demokratie sein! Das mußt du mir erklären!“, sagte Benda.

„Das ist die Demokratie in Bezug auf das Proletariat. Zu Arbeitern, wie dir!“

„Ich bin kein Proletarier“, wehrte Benda ab. „Ich bin gelernter Maschinenschlosser.“

Josef Škvorecký: Eine prima Saison. Ein Roman über die wichtigsten Dinge des Lebens.

Vor 1989 war in den sozialistischen Ländern Sozialgeschichte über weite Strecken zur Hagiographie „der Arbeiterklasse“ degeneriert, von (Selbst-)Zensur oder durch Sperrung der Archive behindert. In den neunziger Jahren haben sich diese Rahmenbedingungen bekanntlich grundlegend geändert. Derzeit – um wieder einmal Max Webers klassisches Diktum zu bemühen – bohren die Historiker mühsam dicke Bretter.¹ Hiervon zeugt auch das vorliegende Themenheft. Seine Beiträge decken, wie bei solchen Unternehmungen häufig, zeitlich, geographisch und sachlich ein breites Spektrum ab; Kernbereiche sind die Tschechoslowakei, die DDR und Polen von der Aufbauphase der vierziger bzw. fünfziger bis hinein in die Reformzeit der sechziger Jahre. Der Leitfaden in theoretischer Absicht zeichnet Grundrisse und legt Pfade; er benennt die zentralen Fragen und fügt die Antworten in einen Interpretationsrahmen ein.

Leitlinien

1. Die Studien fokussieren auf den industriellen Kern der Arbeiterschaft; Schauplätze sind der *Shop-Floor* und die Meso-Ebene: das Revier, der Industriezweig, die

¹ Ein ausführlicher Forschungsbericht ist an dieser Stelle weder möglich noch nötig. Stellvertretend sei verwiesen auf: Arbeiter in der SBZ/DDR 1945–1970. Hrsg. von Klaus Tenfelde und Peter Hübner. Essen 1999. – Kaplan, Karel: Sociální souvislosti krizi komunistického režimu v letech 1953–1957 a 1968–1975 [Die sozialen Zusammenhänge der Krise des kommunistischen Regimes in den Jahren 1953–1957 und 1968–1975]. Praha 1993. – Kalinová, Lenka: Sociální reforma a sociální realita v Československu v šedesátých letech [Soziale Reform und soziale Realität in der Tschechoslowakei in den sechziger Jahren]. Praha 1998. – Vor allem sei aber in diesem Zusammenhang auf das großangelegte Forschungsprojekt von Peter Heumos zur Geschichte der Industriearbeiterschaft in der Tschechoslowakei hingewiesen. Siehe die Einführung in diesem Themenheft.

„Arbeiterstadt“. Arbeiterschaft ist kein homogenes, monolithisch-klassenbewußtes soziales Gebilde – keine Klasse an oder für sich, sondern das Ensemble vielfältiger, oft fluider Milieus. Zu diesen trägt die Forschung derzeit aus archivalischen Quellen die Mosaiksteine zusammen; Verallgemeinerungen und Theoriebildung sind überaus provisorisch.

Sozialgeschichte der Arbeiterschaft bezieht, über die sozioökonomischen Strukturen und deren langfristige Veränderung hinaus, die Subjekte mit ein. Sie ist Geschichte nicht nur der Bäume, sondern auch der Köpfe; sie nimmt, über die Lohn-, Arbeits-, Wohn- und Ernährungsverhältnisse hinaus, „weiche“ Werthaltungen, Einstellungsmuster und die sie prägenden Traditionen in den Blick. Zentrum der Aufmerksamkeit bleibt aber der betriebliche bzw. betriebsnahe Raum. Dieser ist keine nach oben und außen, gegen Gesamtgesellschaft und Politik abgeschlossene Monade; betriebliche Milieus und systemische Makrostrukturen sind vielfach aufeinander bezogen und miteinander verschränkt. Die *condition ouvrière* wird in der politischen Ökonomie des Staatssozialismus sowjetischen Typs geerdet.

2. Dieser ist eine Megainstitution besonderer Art: Leitidee ist ein großes Projekt des Gesellschaftsumbaus, das die Arbeiterklasse materiell und symbolisch präferiert. Es legitimiert den Anspruch der Steuerungszentrale auf prinzipiell schrankenloses Steuerungshandeln.² Das basale Rationalitätskriterium des Systems ist politisch; der Primat der Politik verkörpert sich in der Staatspartei, die mittels zentraladministrativer Planwirtschaft auf der Grundlage des Volks-, faktisch des Staatseigentums den kapitalistischen Krisenzyklus eliminiert.

Der Staatssozialismus hat das Ende der kapitalistischen Ausbeutung und die Aufhebung „antagonistischer Widersprüche“ auf seine Fahnen geschrieben; die Staatspartei ist Avantgarde des Proletariats und wahre Repräsentantin seines Klasseninteresses. Trotzdem sind die Beziehungen zwischen der Macht und den Arbeitern über weite Strecken konfliktuös. In diesen Auseinandersetzungen gibt es keine simple Dichotomie von *them* und *us*: Vielfach werden Arbeiter erst im Konfliktprozeß von der amorphen Masse zur Gruppe „für sich“. Auch ist das Gegenüber kein monolithischer Apparat: Auf der unteren Ebene der Gewerkschafts- bzw. der Parteifunktionäre, auch für die Betriebsleitungen sind gesplante Loyalitäten eher die Regel als die Ausnahme; die Einstellung der Kader changiert zwischen Neutralität/Indifferenz und solidarischer Sympathie.

3. Schrankenlose Verfügung der Macht über die Gesellschaft ist zunächst regulative Idee. Faktisch existieren vielfältige Grenzen der Diktatur: Aus dem internationalen Umfeld erwachsende Zwänge und Rücksichten, die Persistenz „alter“ Wertesysteme und Mentalitäten, die Widerständigkeit sozialer Gruppen, überhaupt die überlebenden bzw. hartnäckig neu erstehenden vielfältigen Differenzierungen und der Eigen-Sinn von Gesellschaft, der sich im Weiterbestehen konkurrierender bzw.

² So in Anlehnung an: Drath, Martin: Totalitarismus in der Volksdemokratie. In: Macht ohne Mandat. Hrsg. von Ernst Richert. Köln 1958, IX–XXXIV. – Kielmannsegg, Peter Graf: Krise der Totalitarismustheorie? In: Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung. Hrsg. von Eckart Jesse. Bonn 1996, 286–304.

in der Einführung neuer Eigenlogiken manifestiert.³ Die Grenzen der Beherrschbarkeit laufen den Intentionen der Machthaber zuwider, sie sind aus unterschiedlichen Gründen aber nicht zu beseitigen. Konsequenz ist ein sozusagen zähneknirschendes Einlenken angesichts übermächtiger äußerer oder innerer Zwänge. Auch die Arbeiterschaft ist nicht einfach Verfügungsmasse: vielfach läßt schwejkische Sturschädlichkeit Direktiven ins Leere laufen. Sozialismus will modernisieren und mobilisieren; „Stehendes und Ständisches“ einfach per Ukas zu „verdampfen“, mißlingt angesichts von Modernisierungsresistenzen häufig.

4. Grenzen der Herrschaft in Staatssozialismen sowjetischen Typs sind aber auch auf systemische „Fehlprogrammierungen“ zurückzuführen. Solche Systeme sehen sich mit typischen Steuerungs- und Legitimationsproblemen konfrontiert. Diese resultieren aus dem Widerstreit zwischen dem schrankenlosen Machtwillen des Herrschaftszentrums und den Imperativen einer hochkomplexen Industriegesellschaft, die ohne funktionale Differenzierung und minimale Partizipation nicht auf Dauer effizient bzw. überhaupt lebensfähig ist.⁴ Die Logik zunächst des Machterwerbs, dann des Machterhalts überwuchert alle Lebenssphären; sie erstickt die (Teil-)Autonomie spezialisierter Subsysteme – insbesondere des ökonomischen. Die Hypertrophie von Hierarchie in der Planwirtschaft mindert Effizienz und reduziert Steuerungs- und Problemlösungskapazitäten markant.⁵ Zentralistische vielfach den Expertensachverstand ignorierende politische Wirtschaftsleitung mündet in eine paradox anmutende Verbindung von Planlosigkeit und bürokratischer Starrheit. Charakteristisch ist das Mißverhältnis von Ressourcenaufwand und „administrativem Ertrag“.

Dem Staatssozialismus sowjetischen Typs sind Formalismus und Immobilismus inhärent. Und doch besitzt dieses eherne Gehäuse beträchtliche formierende Macht. Das Soziale ist nicht intakte Lebenswelt; vielmehr ist es in hohem Maße politisch durchkonstruiert. Parteierrschaft und Planwirtschaft werden ungeachtet allen Eigensinns der Herrschaftsunterworfenen zur materiellen Gewalt, welche die Massen ergreift. Die Arbeiterschaft zieht der Staatsmacht Grenzen *en détail*; das System jedoch konstruiert die Koordinatensysteme. Es definiert die Aktionsräume *en gros*. Refugien existieren – aber als Nischen *im* System.

5. Die Geschichte der Staatssozialismen enthält historisch zufällige, einmalige Elemente. Jenseits aller Kontingenzen ist sie unübersehbar einer systemischen Ablauflogik unterworfen. Hier ist der Ort des Vergleichs: Er sondert kontingente Umstände – die Spezifik nationaler Vorgeschichten und Verhältnisse – von dem, was systemische Determinanten durchwegs bewirken.

³ Hierzu die Beiträge in: Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR. Hrsg. von Richard Bessel und Ralph Jessen. Göttingen 1996, insbesondere die Einleitung der Herausgeber 7–23.

⁴ So bereits das klassische Argument Parsons' in den sechziger Jahren: Schimank, Uwe: Theorien gesellschaftlicher Differenzierung. Opladen 1996, 235 ff.

⁵ Zum steuerungstheoretischen Hintergrund: Willke, Helmut: Systemtheorie III: Steuerungstheorie. Stuttgart 1998, v.a. 79 ff.

Die folgenden Studien sind Bausteine für einen Vergleich. Diesen zu entfalten, ist die verfügbare Anzahl exemplarischer Analysen derzeit zwar noch zu gering. In Perspektive liegt jedoch ein umfangreiches Forschungsprogramm: die empirisch fundierte Gesamtypologie der Varianten staatssozialistischer Entwicklungspfade und – eingebettet in diese – der nationalen Formen und Spielarten staatssozialistischer Arbeitergeschichten.

Probleme und Ergebnisse

I. Aufbauphase

1. Mit unterschiedlicher Zäsurierung im Detail und unterschiedlichen Intensitätsschüben – aber mit prinzipiell vergleichbarer Zielrichtung – findet in der SBZ/DDR, in der Tschechoslowakei und in Polen in den späten vierziger und in den fünfziger Jahren der Umbau von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft nach Maßgabe des sowjetischen Modells statt:⁶ Sozialisierung der Ökonomie und ihre Umformung in eine zentraladministrative Planwirtschaft mit prononciert egalitärer Lohn- und Gehaltsstruktur, Installierung einer Kaderelite und der leninistischen Staatsparteien als Steuerungszentren der Gesellschaft auf der ideologischen Grundlage des demokratischen Zentralismus.⁷

Ostorientierung setzt über kurz oder lang den „nationalen Wegen“ zum Sozialismus ein Ende: Westkontakte und westliche Aufbauhilfe werden abgeschnürt, die Kooperation mit dem „Geburtshelfer“ Sowjetunion wird forciert. Die Ökonomien verfolgen einen Kurs schwerindustriellen Wachstums; Militarisierung festigt das Prius der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien gegenüber den Konsumgüterbranchen. Diese Verlagerung der Gewichte hat mit dem ideologisch-doktrinären Nachbau des sowjetischen Industrialisierungsmodells zu tun; in der SBZ/DDR und in der Tschechoslowakei verlängern sich zudem seit den dreißiger Jahren virulente rüstungswirtschaftliche Entwicklungslinien.⁸ In den Agrarländern Polen und Slowakei setzt die sozialistische Transformation eine nachholende Industrialisierung in Gang – nicht selten, wie das Beispiel der polnischen Arbeiterstadt Nowa Huta zeigt, durch megalomane, insuläre Projekte von vermutlich geringerem ökonomischem Nutz- als politischem Symbolwert. „Entwicklungshilfe“ mit dem Ziel

⁶ Sowjetisierung soll heißen: Export bzw. Übernahme (Import) bestimmter Kategorien der Wahrnehmung und bestimmter Problemlösungsmuster im Spektrum zwischen freiwillig und oktroyiert, d. h. mit mehr oder weniger großen Handlungsspielräumen, im Spektrum der Mittel zwischen Zuckerbrot und Peitsche, im Spektrum zwischen Originaltreue und Abwandlung auf je spezifische Umstände hin und im Spektrum zwischen permanenter und intermittierender Einflußnahme. – Zur DDR: Schröder, Klaus: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998. – Zur ČSSR: K o s t a, Jiří: Abriß der sozialökonomischen Entwicklung der Tschechoslowakei, 1945–1971. Frankfurt/M. 1978. – Teichova, Alice: Wirtschaftsgeschichte der Tschechoslowakei, 1918–1980. Wien-Köln-Graz 1988.

⁷ Lepsius, Rainer M.: Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR. In: Sozialgeschichte der DDR. Hrsg. von Hartmut K a e l b l e, Jürgen K o c k a und Hartmut Z w a h r. Stuttgart 1994, 17–30.

⁸ Kaplan, Karel/Příbík, Petr: Osudy Marshallova plánu v Československu. Část I [Die Geschichte des Marshall-Plans in der Tschechoslowakei. Teil I]. Slezský sborník 89 (1991). H. 3/4, 231–242.

des Ausgleichs regionaler Disparitäten verlagert in der Tschechoslowakei ohne Rücksicht auf gewachsene Strukturen Fertigungskapazitäten aus dem industriell entwickelten Westen des Landes nach Osten. Zum Katalysator dieser patriotischen Tat wird der Zuwachs kommunistischer Macht; sie ist aber auch trefflich kompatibel mit der Militarisierung einer Ökonomie, der der Hegemon im Rahmen des östlichen Militärbündnisses die Rolle der Rüstungsschmiede zugeordnet hat.

Die stalinistische Industrialisierung der Aufbauphase setzt auf extensives Wachstum: sie steigert die *Inputs* (Arbeit, Rohstoffe, Energie), kaum jedoch Effizienz und Produktivität. Charakteristisch ist nichtmarktliche Leistungsstimulierung: physischer Zwang bis hin zu offenem Terror in Kombination mit – instrumentalisierter – Aufbruchs- und Aufbaustimmung; Elan und Enthusiasmus treten an die Stelle betriebs- und volkswirtschaftlicher Kosten-Nutzenkalküle. Ökonomieferner Voluntarismus projiziert ohne Rücksicht auf gravierende *Know-How*- und Ressourcenlücken exorbitante Zuwachsraten und überspannt das Entwicklungstempo ohne Rücksicht auf die ökonomischen und sozialen Kosten.

2. Der sozialistische Aufbau trifft auf unterschiedliche Typen und Varianten von Arbeitermilieus:

a) Arbeiterschaft als „Staatsklasse“: das – ungeachtet aller Dekomposition und Erosion im Nationalsozialismus, im Zweiten Weltkrieg und in dessen Folge – intakte und kompakte traditionsorientierte Facharbeitermilieu mit enger Betriebsbindung. In der DDR bildet es, wie Peter Hübner zeigt, das Rückgrat des Arbeiter- und Bauernstaates; von einer produktionsgüterorientierten Industriepolitik wird es zusätzlich stabilisiert. Die „Kragenlinie“ ist Stütze der Arbeiteridentität und des Arbeiter-Selbstbewußtseins. Ungeachtet erheblicher Repressionspotentiale des Systems ist das soziale Gefälle zwischen Arbeitern und den auf einen proletaroiden Habitus verpflichteten Eliten relativ gering. Der „Arbeiter- und Bauernstaat“ ist nach der Expropriierung, der kulturellen Entmachtung und der weitgehenden Vertreibung des Bürgertums nicht einfach nur Propaganda, sondern eine Realität, die in legitimatorischer Absicht permanent inszeniert und symbolisch aufgewertet wird. Traditionell bleiben die Leitbilder: elementare Sicherheit und bescheidener Besitz, „erträgliche“ Arbeits- und Lebensbedingungen; Orientierungsmarke ist der Lebensstil der – bald (spieß-)bürgerliche Lebensformen adaptierenden – sozialistischen Dienstklasse, zunehmend wird aber auch der materielle Standard der Bundesrepublik zur Meßlatte.

b) Die „staatsferne Arbeiterschaft“ ist ein räumlich disperses, sozial hingegen ähnlich homogenes, „alteingesessenes“ Milieu. Allerdings ist dieses weder symbolisch noch faktisch tragende Säule eines Arbeiter- und Bauern-Staates, sondern verharret, wie Peter Heumos zeigt, in skeptischer, zuzeiten offen antagonistischer Distanz zur proletarischen Staatsmacht. Vom Standpunkt überschaubarer dörflich-kleinstädtischer Verhältnisse, vom festen Boden einer nüchtern gelebten Alltagswelt aus fallen eher abschätzige Blicke auf die Welt des Sozialismus. Die *moral economy* des Milieus wurzelt in den gewerkschaftlichen Traditionen der Ersten Republik: Gleichheit und Solidarität der Berufsgenossen, Betriebspatriotismus und die Vorstellung vom Unternehmen als Gemeinbesitz der Belegschaften.

Dieses „eingeezelte Milieu“, verstrebt und verdichtet durch gewachsene intermediäre Strukturen, zeigt dem disziplinierend-formierenden Zugriff von Staat und Partei bald die Grenzen. An seiner sozialmoralischen Schale perlen die politisch-ideologischen An- und Zumutungen des industriellen Sozialismus ab; Aufbaupathos und Parteijargon werden gnadenlos in ihrer Phrasenhaftigkeit dekuviert, die Megalomanie des sozialistischen Aufbaus provoziert einen Strukturkonservatismus aus schierem Trotz.

Konsolidierte Milieus in der staatsnahen wie der staatsfernen Variante sind – dies eine Vermutung auf vorerst schmaler empirischer Basis – eher typisch für DDR und Tschechoslowakei, die beide über eine lange industrielle Tradition und ein relativ hohes sozialökonomisches Entwicklungsniveau verfügen. Die zukünftige Forschung wird Ausschau halten nach weiteren, womöglich durch Repression und/oder materielle Privilegierung stärker verflüssigten und herrschaftlich durchdrungenen Varianten.

c) „Sozialistische Industrialisierung“ produziert „Aufbaumilieus“ (Dagmara Jajeśniak-Quast, Jennifer Schevardo). In gigantischen Schüben räumlicher und sozialer Mobilität wird aus heterogenen Bevölkerungsteilen oft industrieferner Provenienz eine neue Arbeiterschaft zusammengewürfelt. Auch das „alte“ mährisch-schlesische Revier wird von mehreren Wellen – mehr oder weniger freiwilliger – Arbeitskräftezufuhr überrollt und zeigt, jedenfalls in dieser Hinsicht, eine vergleichbare Physiognomie (Dušan Janák). Die aus der grünen Wiese gestampfte „Arbeiterstadt“ verkörpert das „Neue Zeitalter“: sie ist Projektionsfläche für die Ambitionen eines propagandastimulierten Pioniergeistes, Tummelplatz des Glücksritters und Fokus des unbedingten Aufstiegswillens ländlicher Massen.

Aufbaumilieus sind jung – ihrem eigenen und dem Lebensalter „ihrer“ Arbeiter nach: wenig konsolidierte, hochflexible, provisorische Existenzformen, die allerdings schnell unter Formierungsdruck geraten. Enthusiasmus und Repression fügen diese sozialen *Patchworks* zusammen: In Nowa Huta strömen die Massen – vorerst – freiwillig zu den Fahnen. Enttäuschte Aufstiegshoffnungen und eher unwirtliche Lebensumstände lassen die Fluktuation dann allerdings bald in enorme Höhen steigen. In der Slowakei hingegen hat sich die Staatsmacht von Anfang an mit dem Unwillen aus dem industrialisierten Westen des Landes dislozierter Arbeitskräfte abzulagen; angesichts unwirtlicher Lebens- und Arbeitsbedingungen sind diese durch höhere Löhne und Prämien und durch patriotische Appelle nur begrenzt zu motivieren und letztlich nur durch Repression zu „überzeugen“.

3. Der Staatssozialismus ist angetreten zur Überwindung der sozialen Frage des Kapitalismus. Er produziert aber bereits in der Aufbauphase neue soziale Konfliktlagen. Daß er – frei nach Karl Kraus – bald wieder zu dem Problem wird, für dessen Lösung er sich hält, hat mit den systemischen „Fehlprogrammierungen“ – Primat der Politik und zentraladministrative Planwirtschaft – zu tun. Die symbolische, soziale und materielle Aufwertung und Präferenzierung der Arbeiterklasse ist nicht in eine durchgreifende Verbesserung der „Arbeits- und Lebensbedingungen“ umzusetzen; sie kollidiert – dies zeigen die meisten Beiträge des Themenhefts, am deutlichsten der Jiří Mašatas – mit der strukturell limitierten Leistungsfähigkeit

sozialistischer Ökonomien. Der investitionsgüterorientierte Wachstumskurs läßt die Spielräume des Verbrauchs weiter schrumpfen. Nominallohnsteigerungen sind über weite Strecken nicht in Konsum umzusetzen; sie produzieren lediglich inflationären Druck.

In der Konsequenz liegen Konsumverzicht und Leistungssteigerung: Die Staatsmacht erzwingt im Widerspruch zur eigentlichen Rason der Arbeitermacht und im Widerstreit mit den Erwartungen der „Werk tätigen“ Lohnsenkungen unter dem euphemistischen Etikett der „Lohnregulierung“. „Sozialistischer Wettbewerb“, „Neuererbewegungen“ und Planerfüllungskampagnen intensivieren, bei Licht besehen, die Ausbeutung. Die Gewerkschaften mutieren zu Transmissionsriemen der Partei, zu Agenturen der Planerfüllung und der Handhabung des – meist sowjetimportierten – Instrumentariums nichtmarktlicher Leistungsstimulierung. Dem organisierten Produktivismus und dem Bürokratismus des neuen Regimes begegnen die Arbeiter mit der gleichen Skepsis wie vordem den kapitalistischen Ausbeutern. Das Konkret-Materielle steht hier im Vordergrund: ausreichende Löhne, leidliche Arbeitsbedingungen, stabile Versorgung. Aber auch der traditionalistische Habitus der Arbeiter sperrt sich gegen politische Überformung, die das Regime ihnen zumutet. Zum offenen „Kampf der Kulturen“ gerät zwar nur die Auseinandersetzung zwischen katholischen Arbeitern und atheistischer Staatsmacht in Polen; trotzdem gibt es vielfache Reibeflächen: Der Welt des alten Handwerks entstammt der Begriff der „ordentlichen Arbeit“, in dessen Licht das Brimborium sozialistischer Verkehrsformen und sozialistischer Arbeitskultur als lästiger Übergriff der Politik erscheint. Dieser Traditionalismus ist innovationsfeindlich bis hin zur Maschinenstürmerei. Ironischerweise ermöglicht aber gerade die alle überkandidelten ideologischen Kampagnen konterkarierende bodenständige Vernunft das Überleben der Planwirtschaft, weil sie, wo möglich und nötig, deren Zumutungen schlicht ignoriert oder unterläuft.

Die Spannungen entladen sich in einer Vielzahl offener Streiks. Arbeiter (re-)agieren brachial gegen die Exponenten der Staatsmacht; erstaunlich mutet die bislang ungekannte Häufigkeit und Intensität der Auseinandersetzungen ausgerechnet im politischen Rahmen des terroristischen Hochstalinismus an. Die Krisen in der Tschechoslowakei und der DDR 1953 und die polnischen Unruhen von 1956 sind hier lediglich der Gipfel des Eisbergs. An den Wendepunkten werden soziale Forderungen zu politischen; die „Systemfrage“ wird gestellt. Unauffälliger, womöglich wirkmächtiger als *Exit* (A. O. Hirschman) sind jedoch evasive Taktiken: Arbeit nach Vorschrift, Umfunktionieren der Direktiven vom grünen Tisch, Absentismus und gehäufter Arbeitsplatzwechsel. Eine dritte – die negotiative – Variante der Konfliktbewältigung setzt auf Kanalisierung durch kleinteilige Kompromisse auf betrieblicher Ebene; diese werden besiegelt durch Sanktionsverzicht seitens der Leitungen und korrespondierende Loyalitätsgesten der Arbeiter. Was sich auf den ersten Blick häufig wie rückgratloses Mauseheln ausnimmt, ist eigentlich pragmatisch und klug: Da die staatssozialistische Macht *per definitionem* Arbeitermacht ist, die nicht in Gegensatz zu den Arbeiterinteressen geraten kann, ist die Bearbeitung industrieller Konflikte durchwegs unterinstitutionalisiert und nur unzureichend verrechtlicht. *Bargaining* hat sich via „Selbstorganisation“ zwar herausgebildet, aber nicht als lega-

les Procédere. Über allem *industrial unrest* hängt deshalb das Damoklesschwert der Eskalation ins Politisch-Grundsätzliche. Dann stellt die Partei die „Machtfrage“ – und sie beantwortet sie erfahrungsgemäß aus den Gewehrläufen heraus.

Wie Milieugegebenheiten mit Strategien korrelieren, läßt sich angesichts der geringen Zahl der Fallstudien nur vermuten. Plausibel erscheint fürs erste, daß ungefestigte Aufbaumilieus in erster Linie auf Evasion und Gewalt rekurren, während konsolidierten Milieus zusätzlich die Verhandlungsoption offensteht. Auch die sozialistische Staatsmacht schreckt vor Gewalt nicht zurück. Dem exorbitanten Arbeitskräftemangel – Folge der Kriegs-, Besatzungs- und Vertreibungsverluste und der extensiven Wachstumsstrategie – begegnet sie mit vielfältigen Varianten halbfreier, militarisierter und Anstalts-Arbeitsverhältnisse bis hin zur manifesten Zwangsarbeit. Die politische Diktatur und das Fehlen unabhängiger Gewerkschaften machen den Weg frei für Kontroll-, Disziplinierungs- und Sanktionsmechanismen bis hin zur Kriminalisierung. Die ökonomischen und sozialen Kosten dieser nicht-marktlichen Wirtschaftssteuerung sind allerdings hoch: Motivation und Loyalität der Arbeitskräfte und die Produktivität bleiben gering. Die politischen Grenzen der Belastbarkeit werden zum ersten Mal 1953 deutlich.

Evolutionär erfolgreicher ist deshalb eine andere Taktik: Konfliktentschärfung *ad hoc* durch lohn- und normenpolitische Konzessionen. „Sozialistische Sozialpolitik“ ist noch Sozialpolitik *sans phrase*: Sie ist nicht als eigenständiges Politikfeld anerkannt; das offizielle Vertrauen in die automatische Perfektionierung von Ökonomie und Gesellschaft durch den Planmechanismus ist dafür noch zu stark. In Ansätzen zeichnet sich hier jedoch bereits die betriebszentrierte, prononciert patriarchalische Sozialpolitik ab, die in den siebziger und achtziger Jahren zum stabilisierenden Herzstück des „Realsozialismus“ der DDR bzw. der „Normalisierung“ in der ČSSR werden wird.

II. Reformphase

1. Mängel in den Dimensionen Steuerung, Leistungserbringung und Legitimität setzen restabilisierende Anpassungsprozesse in Gang: den Wandel von System-eigenschaften, bei Wahrung des Identitätskerns. Staatssozialistische Systeme besitzen die Fähigkeit, sich durch innovative Steuerungsarrangements für eine gewisse Zeitspanne zu stabilisieren. Sie sind also nicht Fehlkonstruktionen *ex tunc* mit einer notwendigen, mehr oder weniger geradlinigen Verfallsgeschichte, sondern soziale und politische Formationen mit der Chance der Überlebenssicherung durch Wandel.

Die Zahl realistischer Optionen ist in staatssozialistischen Systemen jedoch limitiert, weil die in der Phase der Errichtung des Regimes ausgebildeten Macht-instrumente im Dienst der Selbsterhaltung der Macht stehen. Innovationen können nur dann im Herrschaftsmechanismus verankert werden, wenn sie mit dem Primat der Politik kompatibel sind. Gefährden sie diesen, werden sie – nicht zwangsläufig, aber mit hoher Wahrscheinlichkeit – wieder ausgeschieden. Die Systeme verharren nicht in einem gänzlich starren Gleichgewicht; ihr Entwicklungspfad verläuft jedoch in einem vergleichsweise schmalen Korridor, innerhalb relativ enger, systemisch vor-

gegebener Grenzen. Die Reformen der sechziger Jahre und ihr Abbruch sind die Probe auf dieses Exempel.

2. Nach ersten Ansätzen zum Umbau des Lenkungsmechanismus in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre⁹ ist eine massive Systemkrise Anfang der sechziger Jahre in der DDR wie in der Tschechoslowakei Anlaß für einen massiven Schub des Wandels. Mit der Erschöpfung der Potentiale extensiven Wachstums wird in beiden Regimen das Unvermögen zur Intensivierung der Produktion, zur Steigerung der Produktivität, zur Beschleunigung der Innovationsgeschwindigkeit und zur Hebung des Qualitätsniveaus offensichtlich.

a) Vergleichbar sind im Grundsatz die Ziele der Wirtschaftsreform: Reduzierung des Lenkungsapparats, Abkehr von der bürokratischen Befehlswirtschaft und Übergang zu makroökonomischer Rahmenplanung, Ausweitung von Betriebsautonomie und Marktwettbewerb, Aktivierung des materiellen Interesses der Wirtschaftssubjekte durch leistungsorientierte Lohnpolitik. Die Ökonomisierung der Lenkungs- und Anreizmechanismen zielt auf eine effizienzsteigernde Synthese von Plan und Markt. In der DDR sind die Grenzen der Flexibilisierung und Dezentralisierung allerdings deutlich enger gezogen: Hier wird die Wirtschaft durch immer noch vergleichsweise starre Jahres- bzw. Perspektivpläne gesteuert, deren Strukturziele von der Politik an die Ökonomie herangetragen werden. In der ČSSR wird die marktwirksame Konsumgüternachfrage als Steuerungszentrum der Ökonomie rehabilitiert; Strukturplanung soll das Gewicht von der Investitions- auf die Konsumgüterproduktion verschieben. Zielperspektive ist ein stetig steigendes Konsumniveau in der – nur mehr rhetorisch – als kommunistisch etikettierten Massenkonsumgesellschaft.

b) Zentraler Bestandteil der Reform ist die „sozialistische Sozial- und Konsumpolitik“. Diese *Policy* wird in den sechziger Jahren auch konzeptuell anerkannt. Wie Lenka Kalinová Beitrag für die ČSSR zeigt, unterliegt sie dabei einem charakteristischen Funktionswandel: Die Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse soll Leistungs- und Motivationspotentiale erschließen; man setzt dabei auf die erweiterten Verteilungsspielräume, die von einer effektivierten Ökonomie zumindest mittelfristig zu erwarten sind. Des weiteren soll „sozialistische Sozialpolitik“ die Folgen der ökonomischen Flexibilisierung – Entregulierung des Arbeitsmarkts, leistungsbedingte Lohndifferenzierung, kostenorientierte Preisbildung – abfedern und allfällige Konflikte dämpfen.

In der DDR wie in der ČSSR sind Wirtschafts- und Sozialreform eng miteinander verflochtene differenzierende Modernisierungsstrategien. In Perspektive liegt eine

⁹ Gemeint ist damit in der Tschechoslowakei der Reformzyklus ab 1957. Vgl. *Reform Cycles in Eastern Europe, 1944–1987: a Comparative Analysis from a Sample of Czechoslovakia, Poland, and the Soviet Union*. Hrsg. von Władysław W. Jermakowicz und Jane Thompson Follis. Berlin 1988, 80 ff. (Osteuropastudien der Hochschulen des Landes Hessen 163) – Funktionales Äquivalent hierzu in der DDR ist das Gesetz zur Vervollkommen und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates in der Deutschen Demokratischen Republik vom 11. 2. 1958.

vom kybernetischen Zeitgeist inspirierte Gesellschafts-Gesamtplanung aus einem Guß: Sie ist Antwort auf die mangelnde Ökonomisierung und den überschießenden Egalitarismus der Aufbauphase, aber auch auf die systemübergreifende Herausforderung durch den sich beschleunigenden wissenschaftlich-technischen Fortschritt. Leitmotiv wird die umfassende Nutzung der Produktivkraft Wissenschaft durch technologische Aufrüstung der Arbeitsprozesse, Zurückdrängung unqualifizierter Arbeit und vermehrte Berücksichtigung des weiten Spektrums komplexer Bedürfnisse der hochqualifizierten „sozialistischen Persönlichkeit“, die weitaus mehr ist als nur Zubehör technischer bzw. ökonomischer Systeme.

3. Die zunehmende Verwissenschaftlichung der Industriearbeit im Zeichen des technischen Fortschritts drängt in den sechziger Jahren brachiale Methoden der Konfliktbearbeitung zugunsten evasiver und negotiativer Strategien weiter in den Hintergrund. Kann darüber hinaus die Reform den strukturellen Widerspruch zwischen ökonomischer Leistungskraft und Lebensstandardforderungen aufheben oder mildern und die Arbeiter mit dem Sozialismus versöhnen?

Dies bejaht Lenka Kalinová: eine jüngere Arbeitergeneration sei als Befürworter der Modernisierung aufgetreten. Das – von der Reform angekurbelte – Wirtschaftswachstum habe die „Werkstätigen“ mit den neuen Leistungsanforderungen im Zeichen tendenziell zunehmender sozialer Differenzierung versöhnt. Peter Heumos hingegen hebt ab auf die weniger an Demokratie und Marktwirtschaft als an der „Kirchturmperspektive“ des Betriebspatriotismus orientierte Reformresistenz der Arbeiterschaft. Zielperspektive einer „Entstaatlichung“ der „Systemgewerkschaften“ sei nicht der Pluralismus, sondern die Rückkehr zum *Status quo ante* der enorm hohen berufsständischen Differenzierung der Ersten Republik gewesen. Ist hier womöglich – so hätte die weitere Forschung ausgehend von dieser Diagnose zu fragen – die Furcht der Arbeiter vor Strukturwandel und Arbeitslosigkeit in der Wettbewerbswirtschaft maßgeblicher als aller Unmut über Ineffizienz und Innovationsschwäche? Leisten die immerhin leidlichen Lebensbedingungen der Parteinahme gegen Egalitarismus und Immobilität, für den *Status quo* und gegen die Lohndenivellierung Vorschub?

III. Ausblick: „Realsozialismus“ und „Normalisierung“

Aus der Sicht der Staatsparteien sind die Grenzen des Reformunternehmens dort erreicht, wo die politischen Kosten den ökonomischen Nutzen der Liberalisierung überwiegen und die Reformprojekte eine dysfunktionale, die Parteiherrschaft sprengende Eigendynamik zu entwickeln drohen. In der DDR führen die Reformen in eine ökonomische Krise. Politisch funktionalisiert, werden diese Turbulenzen 1971 zum Movens des Machtwechsels von Ulbricht zu Honecker. Dieser ist Ergebnis eines internen Machtkampfs hinter den Kulissen, unter den wachsamen Augen der sowjetischen Führung. Der Prager Frühling hingegen wird 1968/69 durch die militärische Intervention des Hegemons – mit Unterstützung einheimischer Helfershelfer – liquidiert. Ungeachtet unterschiedlicher ereignisgeschichtlicher Oberflächen sind diese Phasenübergänge tiefenstrukturell äquivalent: Beide Male ist das Scheitern

der Reform nicht unausweichlich, aber von massiver Folgerichtigkeit, d.h. auf den letztlich nicht zu brechenden Primat der Politik zurückzuführen.

Strukturell äquivalent ist auch die Folgestrategie. Sie produziert einen Herrschaftsmechanismus eigentümlicher Art, der als „Realsozialismus“ in der DDR und als „Normalisierung“ in der Tschechoslowakei im Grundsatz bis 1989 Bestand hat: Rezentralisierung der Ökonomie und Wiederbefestigung des Primats der Parteiherrschaft sind mit der Anfangsprogrammierung von Sozialismen sowjetischen Typs wieder bestens kompatibel. Zum zentralen Stabilisator der Parteiherrschaft wird nun jedoch die – quantitativ unerhört ausgeweitete – Pazifizierung durch Sozial- und Konsumpolitik.¹⁰ Sie beinhaltet die endgültige Absage an utopische Visionen zugunsten greifbarer Verbesserungen für breite Kreise der Bevölkerung in einem überschaubaren Zeithorizont. Die Garantie stabiler Versorgung wird von den real existierenden Verteilungsspielräumen nun wieder abgekoppelt. Sozialpolitik entdifferenziert und egalisiert wieder; sie erschließt deshalb kaum mehr Innovations-, Produktivitäts- und Leistungspotentiale. Auch deswegen „verpaßt“ der Staatssozialismus in den siebziger und achtziger Jahren die Dritte – mikroelektronische – industrielle Revolution.

Diese Entwicklungen liegen eigentlich bereits hinter dem Horizont des vorliegenden Themenhefts. Die insbesondere von Peter Hübner gezeichneten Linien laufen aber mit hoher Plausibilität auf „Realsozialismus“ bzw. „Normalisierung“ zu. Der Sklerose des postreformerischen Spätsozialismus der siebziger und achtziger Jahre leistet die in diesem Heft vielfach thematisierte Modernisierungsresistenz des Arbeitermilieus nämlich unübersehbar Vorschub. Auch „paßt“ die sozial- und konsumpolitische Strategie trefflich zum eingefleischten *Trade-Unionismus* der Arbeiterschaft – einem nüchternen Realismus, der großartige Verheißungen seit jeher in Mark und Pfennig bzw. Krone und Heller umzurechnen gewohnt ist. Der – zumindest temporäre – Erfolg der Strategie materieller Pazifizierung wird plausibel angesichts der Prädispositionen einer über weite Strecken modernisierungsresistenten Arbeiterschaft. Stabilisierung gelingt für zwei Jahrzehnte – allerdings zum Preis erheblicher konsumtiver Aufwendungen, welche die Ökonomien permanent überlasten und den Spielraum von Modernisierungsinvestitionen erheblich beschneiden. Der strukturelle Widerspruch von Wirtschaft und Sozialpolitik determiniert keineswegs den Zusammenbruch, erhöht aber die Untergangswahrscheinlichkeit des Systems.

¹⁰ Vgl. Skyba, Peter: Die Sozialpolitik der Ära Honecker aus institutionentheoretischer Perspektive. In: Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und in der CSSR. Hrsg. von Christoph Boyer und Peter Skyba Dresden 1999, 49–62. (Berichte und Studien des Hannah-Arendt-Instituts 20).